Grüne - Les Verts – Delegiertenversammlung vom 28. August 2004 in Winterthur

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 28. August 2004

Tagespräsident: Matthias Gfeller

Dauer: 13 – 17.30 Uhr

1. Begrüssung

Entschuldigt: Esther Hildebrand (ZH), Röbi Brunner (ZH)

Lilith C. Hübscher, Präsidentin der Grünen Winterthur, begrüsst die die Delegierten. Winterthur ist Velostadt, Energiestadt, Bildungsstadt, Kulturstadt, Industriestadt und grüne Stadt. Die Vielfalt macht Reichtum und Kraft nicht nur der Stadt selber, sondern auch der Schweizer Grünen aus, betont sie. Trotz der Differenzen haben die Grünen ein gemeinsames Ideal: ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch.

Ernst Wohlwend, Stadtpräsident von Winterthur, heisst die Delegierten in Winterthur willkommen. Trotz ausserordentlich hoher Lebensqualität sind die Zeiten für Winterthur schwierig. Der Rückgang in der Industrie hat tiefe Wunden hinterlassen, die Steuerkraft ist gering und die Finanzpolitik des Bundes gibt Anlass zu Sorgen. Es wird der Regierung keine andere Möglichkeit bleiben, als die Löhne in der öffentlichen Verwaltung zu senken und die Steuern zu erhöhen. Der Stadtpräsident wünscht eine gute Versammlung und viel Vergnügen beim Politisieren.

Ruth Genner, Parteipräsidentin, bedankt sich bei Lilith Hübscher und Ernst Wohlwend für deren Begrüssung. Sie freut sich über den anhaltenden Erfolg der Grünen in Neuenburg und Luzern und über die Neugründung einer grünen Partei im Kanton Appenzell.

Sie bedauert das fehlende Engagement von BR Blocher bei den Einbürgerungsvorlagen und kritisiert die neoliberale Politik der Parlamentsmehrheit und des Bundesrates, die ein neues Sparpaket geschnürt haben, das zu mehr Abbau in vielen Bereichen führen wird.

Die Zukunft steckt nicht im Abbau der Staatsleistungen, sondern vielmehr in der Innovation, in tiefgreifenden Reformen und der garantierten Chancengleichheit für alle. Sie ruft auf, am 26. September vier Mal Ja zu stimmen.

Ueli Leuenberger, Vizepräsident, informiert über die Parteispaltung bei den Zürcher Grünen und die Neugründung der Grün-Liberalen Zürich GliZ. Verweist auf die Chronologie, die dem Protokoll beiliegt und auf die Internetseite http://www.verts.ch/d/aktuell/abspaltung_zuerich.asp. Er legt grossen Wert darauf, dass die Diskussionen bei den Grünen demokratisch und offen wie bis anhin geführt werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Grünen hat stark zugenommen, wir haben alle das gleiche Ziel, das wir weiterverfolgen wollen.

2. Statutaire

Björn Staub, Werner Bieri, Marie Schaffner und Dana Komarek werden als StimmzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 3. April 2004 wird mit der von Pierre Santschi vorgeschlagenen Änderung verabschiedet.

Beitritt des «Parti écologiste valaisan

Gemäss Grégoire Raboud waren die Walliser Grünen in der Politik was der Wolf in der Tierwelt.

Aktiv seit 20 Jahren, sind sie aber jetzt gut integriert in der politischen Landschaft. Sie danken den Grünen Schweiz für die Aufnahme in die nationale Partei.

Die Delegierten nehmen die Walliser Grünen einstimmig auf.

Wahlen in den Vorstand :

VD : Tinetta Maystre wird von Pierre Santschi als tatkräftige, engagierte und bescheidene Person vorgestellt und wärmstens empfohlen

Tinetta Maystre wird mit Akklamation gewählt

TG : Susanne Forster wird von Isabella Staehli als engagierte und innovative Frau mit einer fulminanten politischen Karriere vorgestellt.

Susanne Forster wird mit Akklamation gewählt.

SG : Susanne Hoare-Widmer wird von Pia Hollenstein vorgestellt. Susanne ist neu Kantonsrätin in St. Gallen, engagiert in Menschenrechtsfragen, in der Kirchgemeinde, offen und engagiert.

Susanne Hoare-Widmer wird mit Akklamation gewählt.

ZH : Matthias Gfeller wird von Lilith Hübscher vorgestellt: Matthias hat bereits viele Jahre politische Erfahrung, davon 17 Jahre im Gemeindeparlament von Winterthur. Er ist Gründer der Grünen Winterthur, im Kantonsrat von Zürich und Vorstandsmitglied im Kanton Zürich.

Bemerkung eines Delegierten: es ist schwierig, die Leute zu wählen, weil wir sie nicht gut kennen. Die politische Ausrichtung des Vorstandes im Verhältnis zur Fraktion ist wichtig. Ist Matthias vor allem in ökologischen Fragen engagiert, oder vertritt er auch punkto Sozial- und Migrationspolitik die Position der Grünen Schweiz?

Matthias Gfeller antwortet darauf, dass er seine persönlichen und politischen Erfahrungen in den Vorstand einbringen werde. Er sei primär ein ökologischer Politiker, unterstütze aber auch die sozialpolitische Linie der Grünen und sei für eine offene Migrationspolitik.

Balthasar Glättli weist daraufhin, dass es wichtig sei, die Kandidaten zu prüfen. Die Kantonalpartei habe dies auch in diesem Fall getan. Matthias werde die Position der Grünen Zürich im Vorstand vertreten auch wenn diese nicht immer mit seiner persönlichen Haltung übereinstimmt. Er werde ein verlässlicher Mittler zwischen Vorstand und Kantonalpartei sein.

Matthias Gfeller wird mit Akklamation gewählt.

GE : Pierre Lipschütz wird von Anita Frei vorgestellt: Mit mehr als 500 Mitgliedern haben die Genfer Grünen Anspruch auf einen zweiten Vorstandssitz. Pierre ist sehr engagiert und politisiert leidenschaftlich. Es ist ihm ein Anliegen, die Verbindung zu den Schweizer Grünen zu verstärken.

Pierre Lipschütz wird mit Akklamation gewählt.

3. Informationen

Grüne Fraktion : Cécile Bühlmann informiert über den formellen Entscheid der Fraktion, die Fraktionszugehörigkeit von Martin zu sistieren. Nach eingehender Diskussion hat sich die Fraktion zu diesem Schritt entschlossen, und zwar bis dass das Verhältnis der GliZ zu den Grünen Schweiz geklärt ist (was nicht von der Fraktion abhängig ist.) Wenn die GliZ als Mitglied bei den Grünen Schweiz aufgenommen wird, wird Martin automatisch wieder Fraktionsmitglied. Wenn nicht, kann er ein Gesuch stellen.

Sommersession: Die Fraktion hat das Legislaturprogramm abgelehnt, nachdem keiner der Anträge von Maya und Ueli aufgenommen wurden.

Nach dem Entscheid des Nationalrates, nicht auf das Betäubungsmittelgesetz einzutreten, hat die Fraktion mit einem Vorstoss vorgeschlagen, den Konsum und den Handel mit Cannabis zu legalisieren.

Das Ausländergesetz wurde leider im Nationalrat von einer kleinen Mehrheit gutgeheissen.

Der Beitrag der Schweiz an den Kohäsionsfonds der EU darf auf keinen Fall auf Kosten der Entwicklungshilfe und der Friedensförderung gehen. Die Fraktion hat deshalb mit einer dringlichen Interpellation genauere Informationen verlangt. Ein anderer parlamentarischer Vorstoss verlangt vom Bundesrat einen Bericht zu den Konsequenzen der Verknappung und möglichen Austrocknen der Erdölreserven.

Nationales Sekretariat Hubert Zurkinden bittet die Grünen, noch einen Effort zu machen und für die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse Unterschriften zu sammeln. Wenn alle Organisationen die zugesagten Unterschriften tatsächlich auch sammeln, kommt die Initiative zu Stande. Das wäre ein Plus für die Grünen und deren Sozialpolitik.

Verschiedenes

Ein Delegierter fragt, ob Martin Bäumle seine Kommissionssitze abgeben muss. Cécile Bühlman teilt mit, dass dies nicht der Fall ist. Martin Bäumle ist Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK, in der auch Anne-Catherine Menétrey ist. Zudem sitzt er in der Kommission für öffentliche Bauten KÖB. Die Wahl in die Kommissionen wird vom Büro vorgenommen, nicht von der Fraktion.

4. Bilaterale Verträge II

Die Debatte wird moderiert von Miriam Behrens, stellvertretende Generalsekretärin

Seit 1998 sind die Grünen für den Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat nun die Bilateralen Verträge II in die Vernehmlassung gegeben und wir müssen uns zu allen 8 Dossiers äussern und allenfalls flankierende Massnahmen vorschlagen, die die Umsetzung in der Schweiz begleiten. Die Verträge sind nicht verknüpft miteinander. Wenn ein Vertrag nicht angenommen wird, kippt nicht das ganze Projekt.

Das zentrale Dossier im Paket ist für die Grünen Schengen/Dublin. Die anderen Dossiers sind:

- Ø Zinsbesteuerung
- Ø MEDIA
- Ø Betrugsbekämpfung
- Ø Statistik
- Ø Umwelt
- Ø Ruhegehälter
- Ø Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte

Debatte zu Schengen/Dublin:

CONTRA, Geri Müller, Nationalrat AG :

Wenn wir die Bilateralen II akzeptieren, wird die nächste Etappe kaum der Beitritt zur EU sein! Sobald die Verträge abgeschlossen sind, haben die Bürgerlichen ihr Ziel erreicht und der Beitritt wird sie nicht mehr interessieren. Und dann können wir uns verabschieden von allen Verbesserungen in den Bereichen Kultur, Bildung usw., welche ein Beitritt mit sich bringen könnte. Schengen ist ein Vertrag, mit dem ein Raum des Friedens und der Harmonie geschaffen werden soll. Das wäre ja zu begrüßen, aber dieser Raum ist nur für die Menschen, die in Europa geboren sind. Damit werden alle anderen Menschen diskriminiert und das ist gegen unsere Verfassung. Das Informationssystem SIS wird als Antiterrorismussystem verkauft, es handelt sich dabei aber um ein Kontroll- und Rückschaffungssystem für Flüchtlinge.

Im Bereich Datenschutz ist dem SIS nicht zu trauen. Die Art der Daten, die im System gespeichert werden, werden immer vielfältiger und auch die Zahl der Organisationen, die dazu Zugang haben, nimmt zu. Die Datenschutzbeauftragten haben eine rein konsultative Rolle, ihr Einfluss ist begrenzt. Geri wird sich dafür einsetzen, dass sich der Unterschied zwischen den armen Ländern und Europa verkleinert und nicht dafür, dass die trennenden Mauern zwischen den beiden Welten verstärkt werden.

PRO, Cécile Bühlmann, Nationalrätin LU:

Schengen und Dublin sind Verträge, die Abgrenzung und Abschottung repräsentieren. Aber die Schweiz ist nicht besser. Das Abkommen von Dublin garantiert wenigstens ein individuelles Verfahren für alle Asylsuchenden (sie alle werden bei ihrer Ankunft in Europa im System EURODAC registriert). Ein einheitlicher Standard für ganz Europa wird eingeführt und unser Justizminister wird nicht eigenmächtig eigene Standards definieren können. Das ist wenigstens eine minimale Garantie in einer Zeit, in der das Asylverfahren in der Schweiz immer mehr verschärft wird. Wenn wir bei Schengen/Dublin nicht mitmachen, wird die Schweiz zur zweiten Möglichkeit für die Asylsuchenden, ein Gesuch zu stellen. Und dies wird der Rechten Anlass geben, die Asylpolitik der Schweiz noch zusätzlich zu verschärfen.

Zum Datenschutz: die europäische Kontrollkommission hat viel strengere Kriterien als die Schweiz und hat grossen Einfluss. Die Staaten werden genau kontrolliert und können nicht machen, was

sie wollen. Schengen/Dublin entsprechen europäischem Gesetz, das ist eine Realität, die wir nicht verdrängen können. Aber man kann nicht in die EU wollen und die schlechten Seiten verweigern. Von innen haben wir mehr Möglichkeiten, zu verbessern und können die wichtigen Entscheidungen mitgestalten anstatt sie einfach über uns ergehen zu lassen.

Die SVP verfolgt eine klare Anti-EU-Politik. Wenn die Grünen Nein sagen und das Volk Schengen/Dublin ablehnt, wird die SVP daraus einen persönlichen Sieg machen und noch eine schärfere Asylpolitik vorantreiben. Die Grüne Fraktion wird sich für flankierende Massnahmen vor allem im Bereich Datenschutz und Asyl einsetzen.

Miriam Behrens : Geri, heute sprichst du dich gegen Schengen/Dublin aus und morgen bist du bereit, der EU beizutreten. Wie erklärst du deine Strategie? Welche Alternativen zu Schengen/Dublin siehst du? Kann die Schweiz im Alleingang eine Asylpolitik praktizieren?

Geri Müller : Um die Unterstützung für einen EU-Beitritt zu stärken, sollen die Schengen/Dublin – Abkommen noch nicht jetzt abgeschlossen werden. Sie werden später ein Argument sein, wenn es gilt, die Unterstützung der Bürgerlichen für einen EU-Beitritt zu bekommen. Zu den Alternativen zu Schengen: ein einheitliches System ist immer zum Nachteil der Menschen in Schwierigkeiten. Die Schweiz böte für eine grosse Anzahl Flüchtlinge eine zweite Chance in Europa.

Miriam Behrens : Cécile, was hältst du von den strategischen Überlegungen von Geri? Ist ein einheitliches System tatsächlich zum Nachteil der Asylsuchenden? Wie lässt sich die Kritik von Geri in die flankierenden Massnahmen integrieren?

Cécile Bühlmann : Im Falle eines Eu-Beitritts, werden Schengen/Dublin immer kontroverse Dossiers sein. Wenn wir sie heute akzeptieren, wäre es ein Hindernis weniger auf dem Weg zum Beitritt. Allerdings wird erst die Zukunft zeigen, wer von uns beiden Recht hat.

Sobald EURODAC funktioniert und die ersten, in Europa abgewiesenen Flüchtlinge ihr Glück in der Schweiz versuchen, wird die schweizerische Asylpolitik massiv verschärft. Die Einheitlichkeit des Systems ist nicht entscheidend, vielmehr ist das Wichtigste der Schutz der Asylsuchenden. Unsere Arbeit im Parlament wird daraus bestehen, flankierende Massnahmen im Bereich Datenschutz, Asylgesetz und Menschenrechtskonvention vorzuschlagen und dann weiterhin aufmerksam zu sein bei zukünftigen Verhandlungen der Abkommen. Jede Veränderung der Abkommen muss vom Parlament verabschiedet werden und wir werden uns dagegen stellen können.

Daniele Jenni, Grüne Partei Bern: Schengen/Dublin stehen unserer migrationspolitischen Position diametral entgegen. Schengen erhöht in höchstem Masse die Kontrollmöglichkeiten und die Möglichkeiten, Menschen zu fichieren. Das ist gegen unsere Politik und wir dürfen nicht Ja sagen zu diesem Sicherheitsrennen unter dem Vorwand, das Spiel der SVP nicht mitspielen zu wollen. Ich beantrage euch, die beiden Abkommen abzulehnen, alles andere ist gegen die Glaubwürdigkeit der Grünen.

Bruno Gamper, Grüne TG : Das Ziel der Bilateralen II muss die Integration der Schweiz in die EU sein. Es ist deshalb unmöglich, sich zu profilieren, in dem man die Abkommen separat behandelt. Die Bilateralen II akzeptieren heisst, dem Schweizer Volk zu zeigen, dass die Schweiz mit der EU zusammenarbeiten und gleichzeitig ihre Autonomie behalten kann.

Balthasar Glättli, Grüne ZH: Die Menschenrechte sind unteilbar und müssen respektiert werden, unabhängig von Regionen und Grenzen. Tatsächlich gibt es eine Tendenz zu Verschärfungen und tatsächlich werden diejenigen Asylsuchenden zahlreicher sein, die ihr Glück in der Schweiz versuchen, wenn wir Schengen/Dublin nicht beitreten. Aber das ist kein Grund, die beiden Abkommen zu bejahen. Wir müssen unsere ideologische Position bestimmen. Ein Nein zu Schengen/Dublin ist die einzige Möglichkeit, die es uns erlaubt, für die Menschenrechte einzustehen – in der Schweiz und in der EU.

Dani Vischer, Grüne ZH : bezeichnet sich als Euroskeptiker, trotzdem positioniert sich die Schweiz eher gut mit den Bilateralen II. Wenn das Volk Schengen/Dublin ablehnt, wird die SVP daraus einen persönlichen Sieg machen mit all dem, was das auf politischer Ebene bedeutet. Um gegen Schengen/Dublin anzukämpfen, müssten wir auch gegen die SVP ankämpfen können, dazu haben wir aber schlicht die Kraft nicht.

Luzius Theiler, Grüne Partei Bern: wir müssen uns heute zu Dossiers äussern, deren Tragweite wir nicht kennen, weil die Schengen/Dublin-Abkommen nur partiell publiziert sind. Wir können doch nicht in Unkenntnis der Fakten Ja sagen. Ich plädiere für ein Nein zu Schengen/Dublin.

Bernhard Pulver, GFL Bern : indem wir Schengen/Dublin akzeptieren, haben wir Teil an einem Raum, in dem es keine systematischen Kontrollen mehr gibt (und das ist ein Fortschritt) und in

dem keine schlimmere Asylpolitik betrieben wird als die, die die Schweiz zur Zeit betreibt. Wir müssen uns so oder so einsetzen für eine bessere Asylpolitik, ob wir nun bei Schengen/Dublin dabei sind oder nicht.

Susanne Hochueli, Grüne AG : Wenn die Grünen Ja sagen zu Europa, müssen wir eines Tages die beiden Abkommen akzeptieren. Machen wir den Schritt schon heute.

Cécile Bühlmann : ich stelle fest, dass die Kritik, die ihr vorbringt, auch meine ist. Aber ich ziehe daraus andere strategische Konsequenzen. Die Schleierfahndung ist keine perfekte Methode, aber sie wird in der Schweiz schon heute praktiziert, die rassistisch motivierten Kontrollen ebenso. Machen wir Schengen nicht zum roten Tuch. Was in Europa gemacht wird, wird auch schon in der Schweiz gemacht. Vergessen wir nicht, dass uns in Schaffhausen auch die Kritiker der Abkommen geraten haben Schengen/Dublin beizutreten, damit wir uns auch an den zukünftigen Entscheidungen beteiligen können.

Geri Müller : wir waren die Einzigen, die aus humanitären Gründen das Ausländergesetz und das Asylgesetz kritisiert und abgelehnt haben. Aus taktischen Gründen und aus Gründen der Kohärenz kann ich zu Schengen/Dublin nicht Ja sagen. Selbstverständlich werden wir sie akzeptieren müssen, wenn wir der EU beitreten, aber es wird dann positive Punkte geben, die diesen negativen Punkt kompensieren würden. Es ist kein gutes Argument zu sagen, wir hätten nicht die Kraft gegen die SVP zu kämpfen. Wir müssen im Namen der globalen Solidarität kämpfen.

Pierre Santschi : Das Abkommen zur Landwirtschaft erlaubt eine Ausweitung der von der EU akzeptierten Produktpalette. Sind wir in Bezug auf gentechnisch veränderte Produkte geschützt?

Herbert Karch : die Bewilligungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte wird nach wie vor bestehen. Die Gesuche werden nach Schweizer Recht behandelt.

Miriam Behrens : Dieses Abkommen hat keine Gesetzesänderungen zur Folge.

Das Abstimmungsergebnis wird unsere Position in der Vernehmlassungsantwort bestimmen. Im Falle eines Ja werden die Grünen selbstverständlich flankierende Massnahmen vorschlagen.

Folgende Antworten sind möglich: Ja, Nein oder Enthaltung. Abstimmungsprozedere wie folgt:

1. Schengen/Dublin
2. Die anderen Abkommen alle gemeinsam

Stefan Luzi stellt den Antrag, leer einzulegen. Wir müssen heute zwischen der Festung Europa und der Asylpolitik Blochers wählen. Wir müssen unserer Wählerschaft zeigen, dass weder die eine noch die andere Lösung grüner Politik entspricht.

Cécile Bühlmann : Es ist ausserordentlich wichtig, Position zu beziehen. Leer einlegen heisst, nicht Stellung zu nehmen!

Die Mehrheit der Delegierten spricht sich gegen den Antrag leer einzulegen aus.

Soll die Schweiz Schengen/Dublin beitreten?

Mit 82 Ja gegen 26 Nein bei 6 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten für den Beitritt zu den Abkommen aus.

Soll die Schweiz den anderen 7 Abkommen der Bilateralen II beitreten ?

Mit 108 Ja, 0 Nein und 4 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten für ein Ja zu den 7 anderen Abkommen der Bilateralen II aus.

5. Abstimmungen vom 26. September

Erleichterte Einbürgerungen für die zweite und dritte Generation

Balthasar Glättli : *No taxation without representation* ist ein Prinzip, das älter als 250 Jahre ist. Es ist endlich Zeit, es auch anzuwenden! Wir sprechen heute von Menschen, die wie SchweizerInnen leben, aber keinen Schweizer Pass und keine demokratischen Rechte haben, obwohl sie einen wichtigen Teil der Bevölkerung repräsentieren. Wer seit mehreren Generationen in der Schweiz lebt, ist SchweizerIn. Kinder, die in unserem Land geboren sind, sind keine Fremden mehr, sie sollen bei der Geburt den Schweizer Pass erhalten samt den demokratischen Rechten. Ich empfehle euch deshalb, zwei Mal Ja zu sagen zu den Einbürgerungsvorlagen..

Bei einer Enthaltung sagen alle Delegierten Ja zur erleichterten Einbürgerung der zweiten Generation

Einstimmig Ja sagen die Delegierten zur automatischen Einbürgerung der dritten Generation.

Erwerbsersatz bei Mutterschaft

Franziska Teuscher: wir wollen eine soziale Schweiz, eine Schweiz für die Familien. In Sachen Mutterschaftsversicherung sind wir auch im Vergleich zu unseren Nachbarländern zurückgeblieben. Die Frauen bezahlen seit 50 Jahren solidarisch ihren Beitrag in den Erwerbsersatzfonds und es ist endlich Zeit, dass sie auch davon profitieren können. Dies umso mehr, als das Obligationenrecht sie bei Mutterschaft kaum schützt. Die Revision der Erwerbsersatzordnung ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer richtigen Mutterschaftsversicherung. Ich lade euch ein, dazu Ja zu sagen.

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft aus.

Initiative « Postdienste für alle »

Anne-Catherine Menétrey: die Post hat in diesem Jahr jeden Tag 2 Millionen Franken Gewinn gemacht, und dies zu einem grossen Teil wegen der Erhöhung der Tarife und trotz katastrophalen Vorhersagen. Die Initiative will in der Verfassung das Prinzip eines universellen Postdienstes verankern mit dem Ziel, die Aufgabe nicht rentabler Dienstleistungen und den Abbau in den Randregionen zu stoppen

Ein Ja ist auch Ja zu einem guten Service public.

Bernhard Pulver: Ist es wirklich sinnvoll, einen universellen, flächendeckenden Service in die Verfassung zu schreiben? Ist es wirklich nötig, dass der Bund Millionen Franken dafür ausgibt, wo das Geld doch anderswo nötig wäre?

Anne-Catherine; Die Initiative verlangt nicht ein Postbüro in jedem Dorf. Die Struktur der Post wird damit nicht ein für alle Mal zementiert. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, den Begriff "universell" korrekt zu interpretieren.

Bei einem Nein und 9 Enthaltungen sagt eine grosse Mehrheit der Delegierten Ja zur Initiative "Postdienste für alle".

6. Rechnung 2003

Hans-Beat Schaffner erklärt kurz die Rechnung 2003. Der Posten Internet ist dreimal höher als budgetiert ausgefallen, weil unser Internetauftritt im Hinblick auf die Wahlen 2003 neu konzipiert wurde. Hans-Beat hofft, dass das in den Jahren 2002 und 2003 aufgelaufene Defizit im Jahre 2004 abgetragen werden kann.

Nachdem der Revisorenbericht verlesen wurde, heissen die Delegierten einstimmig die Rechnung 2003 gut und erteilen dem Kassier Décharge.

7. Verschiedenes

Resolution gegen die Wegweisungspolitik: dieser Punkt wird von der Traktandenliste gestrichen.. Zwei inhaltlich unterschiedliche Resolutionen sind von den Berner Parteien eingegangen. Diese sind bereit, die Resolutionen zurückzuziehen und sie dem Vorstand vorzulegen, der über das weitere Vorgehen beschliessen wird.

Ratifizierung des Manifests der Europäischen Grünen: Aufgrund von Missverständnissen liegt nicht das Dokument vor, das zur Ratifizierung kommen sollte. Das Traktandum wird deshalb zurückgezogen und auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben.

Resolution gegen das Atommüllzwischenlager in Benken

Die Resolution wird bei zwei Enthaltungen von der Mehrheit der Delegierten angenommen

Resolution gegen die Gemsjagd auf dem Monte Generoso

Die Resolution wird bei drei Enthaltungen von der Mehrheit der Delegierten angenommen

Abschliessend dankt Hubert Zurkinden den Grünen in Winterthur für die ausgezeichnete Organisation, Matthias Gfeller für die kompetente Leitung der Versammlung und den ÜbersetzerInnen Séverine Vitali und Nicole Stoll für ihre Übersetzungsarbeit.

Gabriela Bader / Oktober 2004